



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2014

Opposition in der Schweiz

Tanner, Jakob

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-106149>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Tanner, Jakob (2014). Opposition in der Schweiz. In: Braunschweig, Sabine; Wecker, Regina. "Als habe es die Frauen nicht gegeben": Beiträge zur Frauen- und Geschlechtergeschichte. Zürich: Chronos, 219-230.

JAKOB TANNER

Opposition in der Schweiz

Opposition kommt von *opponere*, entgegensetzen. Opposition setzt eine dominante Kraft, eine hegemoniale Struktur voraus, der etwas entgegengesetzt werden kann. Opposition verweist damit auf eine Alternative zu dem, was vorherrscht.¹ Was die Opposition bekämpft, definiert sie selber. Darin besteht ihre Macht. Wenn eine Regierung behauptet, sie würde «das ganze Volk» vollumfänglich repräsentieren, kann sie doch nicht verhindern, dass eine Opposition auftaucht, die den Nachweis führt, dass genau diese Regierung bloss einseitig bestimmten Interessen oder Gruppen dient. Die Analyse der Opposition kann also nicht davon ausgehen, es gäbe eine «objektive Machtstruktur», gegen die sich gleichsam automatisch Widerstand rege. Viele Institutionen funktionieren gerade deshalb so erfolgreich, weil ihre interne Machthierarchie akzeptiert und auch von unten unterstützt wird. Von dieser Einsicht ausgehend hat Niklas Luhmann die Macht als die entscheidende Organisationsressource bezeichnet, bei deren Fehlen jede Institution in eine Krise gerät.² Keine organisatorische Struktur kann auf Macht verzichten, wenn sie ihre Ziele erreichen will. Aber so mächtig sie auch sein mag, ist sie doch nicht dagegen gefeit, dass oppositionelle Regungen ihre Legitimität und ihr reibungsloses Funktionieren in Frage stellen.

Demokratie und Opposition

Welche Fragen diese Opposition stellt, welche Verhältnisse sie angreift, welche Ziele sie verfolgt, welche Mittel sie dafür wählt: dies ist ebenso kontingent wie die Wirkung oppositioneller Interventionen. Es muss zudem mit den «Listen der Geschichte» gerechnet werden. Strukturfunktionalistische Ansätze, machen plausibel, dass nicht intendierte «Nebeneffekte» gegenüber den deklarierten Absichten in einem Ausmass überwiegen können, dass auch etwas Anderes oder das Gegenteil des Bezweckten herauskommt. Das gilt auch für eine Opposition. Diese kann – wider den Willen jener, die sie betreiben – als politisches Frühwarnsystem fungieren, das agilen Autoritäten schon früh anzeigt, wo unten der Schuh drückt. Opposition stellt deshalb in demokratischen Gesellschaften generell ein unverzichtbares Stabilisierungsmoment dar, nicht nur, weil sie die Regierung beobachtet und kontrolliert, sondern auch weil sie jene Suchprozesse und Pro-

blementdeckungsverfahren freisetzen kann, auf die jede Gegenwart von neuem angewiesen ist. Es bleibt dabei offen, ob es die Opposition ist, welche die kreativen Vorschläge einbringt (um dann regelmässig um die Früchte des Erfolgs betrogen zu werden), oder ob eine lernresistente, sture Opposition den provozierten Regierungskräften mit neuen Ideen auf die Sprünge verhilft. Wie auch immer: Oppositionelle Strömungen bleiben so eine andauernde Herausforderung für etablierte Machtstrukturen; sie werden in Demokratien meistens respektiert, in andern politischen Systemen jedoch degradiert und unterdrückt. Im Extremfall wird die Opposition mit Gewalt zerschlagen. Es ist angesichts dieser Erkenntnisse wichtig, jene Definitionsmacht und jene Deutungskämpfe zu untersuchen, in die ganz unterschiedliche Oppositionsbewegungen involviert sind und über die eine Gesellschaft überhaupt erst zu dem wird, was sie schliesslich ist. Opposition ist, mit andern Worten, ein wichtiger Faktor im kommunikativen Konstruktionsprozess einer Gesellschaft und ihrer institutionellen Verfasstheit.

Bedeutung und Verfahren einer Opposition veränderten sich mit dem Aufkommen der Demokratie. In einem politischen System, welches das Gottesgnadentum und damit eine metaphysische Letztbegründung staatlicher Herrschaft hinter sich gelassen hat, stellt sich das Problem der politischen Machtbegründung und -verteilung radikal neu. Die Demokratie muss ihr normatives Selbstverständnis selber und immer wieder neu begründen und sie tut dies auf der Grundlage der Menschen- und Bürgerrechte. Es ist das demokratische Gleichheitspostulat, das die nach wie vor bestehenden (und vielfach noch akzentuierten) sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede als «Ungleichheit» wahrnehmbar macht. Das normative «Betriebssystem» einer bürgerlich-liberalen Gesellschaft gründet sich zugleich auf ein meritokratisches Denken. Es sind nicht mehr gottgegebene Vorrechte der Geburt und ererbte Privilegien, welche die gesellschaftlich-staatliche Hierarchie begründen, sondern es zählen nun individuelle Leistungen, das Eingehen von Pflichten und die Übernahme von Verantwortung. Sobald es um Verwaltung, Wirtschaft und alle weiteren Funktionsbereiche der Gesellschaft ging, befanden sich Menschen in einer hierarchischen Anordnung. Dies führte zu Spannungen zwischen der Gleichheit der «Citoyens» und der Ungleichheit der «Bourgeois».³ Die Auseinandersetzungen entlang der Geschlechterdifferenz wiederum wurden innerhalb eines bürgerlichen Familienmodells ausgetragen.⁴ Die Männer nahmen Pflichten wahr – etwa die allgemeine Wehrpflicht, die mit der *Levée en masse* (1793) eingeführt worden war – und reklamierten eine Verantwortung für sich, vor allem als «Familienernährer», die durch die Maxime «Keine Rechte ohne Pflichten» zu einer rechtlich-politischen Zurücksetzung der Frauen hinter die Männer führte.⁵

Die Demokratie basiert auf der Idee eines sich frei organisierenden Volks. Wer dazu gehört und unter welchen Bedingungen jemand beitreten kann, bleibt

offen. Mit der Verschiebung vom Demos (ein politisch sich konstituierendes «Volk») zum Ethnos (ein über «Blut», «Rasse» oder «Kultur» abgegrenztes Kollektiv von Menschen) wurde schon seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert und dann vor allem in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg die Aussengrenze von Nationen naturalisiert und verfestigt. Draussen befand sich das nicht assimilierbare «Fremde» oder «Andere». Die Abschottung des «Wir» von diesem «Aussen» suggeriert gleichzeitig eine Homogenität nach innen. Auch in der Schweiz, die sich ab den 1870er Jahren in Abgrenzung zu den europäischen Kulturnationen als «historische Willensnation» zu verstehen begann, funktionierten harte Ausgrenzungen. Es gab viele Randgruppen, insbesondere die sogenannte «Nichtsesshaften» und «Vagabunden», gegen die sich staatliche Massnahmen und Gesetze richteten. Den Juden wurde – obwohl sie Bürger des Landes waren wie alle andern auch – noch bis 1866 (Niederlassungsfreiheit) bzw. 1974 (Kulturfreiheit) die bürgerliche Emanzipation verweigert und erst auf massiven Druck aus dem Ausland (vor allem von Seiten Frankreichs) schliesslich gewährt.

Die Geschichte der Opposition im schweizerischen Bundesstaat, wie er 1848 gegründet wurde, lässt sich nicht ablösen von der Erfahrung der Amerikanischen und der Französischen Revolution. Im revolutionären Frankreich entwickelte sich das Links-Rechts-Schema. Paradoxerweise stand die Frage, wie die Monarchie in ein parlamentarisches System eingebaut werden könnte, am Ausgangspunkt dieser politischen Lagerbildung. Rechts des Parlamentspräsidenten befanden sich die Anhänger des Ancien Régimes, die sich einen starken König wünschten, links jene Abgeordneten, welche der königlichen Macht keinen Einfluss mehr auf die Gesetzgebung zugestehen wollten. Damit verfestigte sich in der ersten Phase der Revolution ein politisches Koordinatensystem, das die Geschichte des modernen Parlamentarismus wesentlich prägte und das bis heute relevant geblieben ist.

Politische Konjunkturen oppositioneller Bewegungen

Was den schweizerischen Bundesstaat betrifft, so gilt es vor allem drei Punkte festzuhalten.⁶

Erstens galt gerade dieser Staat seit dem liberalen Aufbruch der 1830er Jahre als Labor für die Neuaustarierung der politischen Macht. 1969 beschrieb William L. Langer die Schweiz «als das grosse Experimentierfeld des Liberalismus».⁷ Der Sozialhistoriker Charles Tilly verfasste für seine Studie *Democracy* (2007) ein Kapitel über «Astonishing Switzerland». Als «wunderbarer Mikrokosmos» biete die Schweiz, so Tilly, viele Zugänge für die Untersuchung von Demokratisierungs- und Entdemokratisierungsprozessen.⁸ Er gelangt zum Schluss: «If you

get Switzerland, then you get it.»⁹ Das heisst: Die Schweiz erweist sich für die Erforschung oppositioneller Bewegungen gerade nicht als Sonderfall, sondern als Paradigma, als jener Modellfall, an dem sich allgemeine Problemlagen der europäischen Demokratiegeschichte besonders aufschlussreich darstellen lassen. Alle diese Studien zeigen, wie unhaltbar die nach 1989/91 häufig vorgetragene These einer prästabilierten Harmonie zwischen Demokratie und Kapitalismus ist. Aus historischer Perspektive ist es gerade umgekehrt. Die linken und linksliberalen Kräfte gingen nämlich davon aus, dass eine demokratische Partizipation der breiten Bevölkerung einen Weg zur legalen Transformation der Gesellschaft weg von eingebürgerter Herrschaft, von Ausbeutung und Unterordnung eröffnen würde. Der Ausbau der Demokratie beflügelte die Erwartung, die exkludierenden Eigentumsstrukturen des Kapitalismus und die darauf beruhende gesellschaftliche Macht würden schliesslich verschwinden. Die bürgerlichen Kräfte lernten indessen in einem langen, schmerzhaften, von phantasmagorischen Bedrohungen und imaginären Ängsten überstellten Weg, dass ein solcher Übergriff des egalitären Prinzips, auf dem die direkte Demokratie basiert, auf Wirtschaft und Gesellschaft nicht zu befürchten war. Die «Volksdemokratie» koexistierte mit ausgeprägten und dauerhaften Vermögens- und Reichtumsunterschieden, was immer wieder zu heftigen Konflikten führte und sozialpolitische Aspirationen beflügelte.

Der Landesstreik von 1918 markierte eine entscheidende Wende zu konkordanzdemokratischen und sozialpartnerschaftlichen Aushandlungsstrukturen in Politik und Wirtschaft. Auf die Länge versöhnte sich die organisierte sozialdemokratische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung mit den kapitalistischen Eigentumsstrukturen und zog sich auf sozialstaatliche und arbeitsrechtliche Forderungen innerhalb des bürgerlichen Staats zurück. 1927 strich der Schweizerische Gewerkschaftsbund den «Diktatur-des-Proletariats»-Artikel aus seinen Statuten, 1937 kam in der Uhren- und Metallindustrie das sogenannte «Friedensabkommen» zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zustande; 1943 zog der erste Sozialdemokrat in den Bundesrat ein.¹⁰ Dieser Integrationsprozess verlief nicht unilinear; nach dem Zweiten Weltkrieg kämpfte sich die Arbeiterbewegung mit Streiks in den Arbeitsfrieden, der indessen in vielen Fällen konditional blieb, da er an den Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen gebunden war.¹¹ Es muss aber davon ausgegangen werden, dass die Gewerkschaften während der langen und fast streikfreien Phase der Festigung der Sozialpartnerschaft den Arbeitskampf verdrängten und verlernten. Damit brach eine wichtige Aktionsform einer praktischen linken Oppositionspolitik weg.

Zweitens machte die Gleichheit der Staatsbürger in der Schweiz in einer besonders starren Weise Halt vor den Frauen. Deren Problem bestand darin, dass sie in einem republikanischen Staatswesen mit der politischen Leitfigur des «Bürger-

Soldaten» in die Haus- und Familiensphäre eingeklammert und damit aus der staatspolitischen Sphäre ausgeklammert wurden. Die Forderung nach demokratischer Partizipation fand ihre Grenze am *pater familias*, am männlichen Kommando in Ehe und Familie. Die Rhetorik der Rechte und Pflichten sowie eine weibliche «Sonderanthropologie» verstärkten die Ausschlusstendenz.¹² Diese manifestierte sich im Arbeitsrecht in einer Sonderschutzgesetzgebung, die das Bild der Frauen als «schwaches Geschlecht» kodifizierte.¹³ Die Frauen waren zwar für die Politik im weiteren Sinne nicht unwichtig; sie betrieben milizförmige Freiwilligenarbeit und agierten in einer informellen Öffentlichkeit.¹⁴ Aber sie setzten sich mit ihren Emanzipationsforderungen nicht durch, und je stärker sie sich auf das Ziel des Stimm- und Wahlrechts konzentrierten, desto weniger waren sie in der Lage, ihre untergeordnete Position und dienende Funktion in der Gesellschaft breit zu kritisieren und der Forderung nach «ökonomischen Bürgerrechten» Nachachtung zu verschaffen.¹⁵

Erst Anfang der 1970er Jahre – im europäischen und internationalen Vergleich sehr spät – kam die Frauenstimmrechtsbewegung zum Ziel. Dass die Schweizer Männer am 7. Februar 1971 mit 65,7 Prozent Ja-Stimmen die politischen Grundrechte der Frauen akzeptierten, hatte nicht nur mit dem soziokulturellen Wandel der 1960er Jahre zu tun, sondern war auch Ausdruck der Verunsicherung konservativer Männer über die laute Opposition der 68er-Bewegung. Frauen sollten aus dieser Sicht die in der Politik gestörte Harmonie wiederherstellen helfen.¹⁶ Genau gegen dieses sozialkonservative Frauenbild, das auch bei den alten Frauenrechtlerinnen Resonanz gefunden hatte, richtete sich eine neue Generation feministischer Aktivistinnen. Diese verschob die Problemstellung und forderte eine Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft. Sie opponierte gegen paternalistische Attitüden der 68er-Linken, die dann, wenn es um Sexualität und Hausarbeit ging, dem bekämpften Establishment sehr nahe stand. Mit dieser Ausweitung der Kampfzone waren die Auseinandersetzungen vorgespurt, die dann in die verfassungsrechtliche Gleichstellung der Geschlechter einmündeten. Im Oktober 1980 war der Gegenterwurf zur Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» mit 60 Prozent Ja-Stimmen angenommen worden. Damit wurde die Grundlage für die Durchsetzung weiterer Forderungen der Frauenbewegung gelegt.

Drittens lässt sich im grossen Überblick sagen, dass die Opposition in der Schweiz einen doppelten U-turn zurücklegte. Sie begann rechts, war dann fast ein Jahrhundert Zeit links bzw. emanzipativ, um schliesslich wieder auf der Rechten anzukommen, die indessen mit ihren historischen Vorläufern wenig gemeinsam hat. Während sich die Handwerker- und Arbeitervereine während der Regeneration und im jungen Bundesstaat noch lange auf die Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb einer «Volksherrschaft» beschränkten, versteiften sich

die kulturkämpferisch aufgerüsteten Katholisch-Konservativen mit Unterstützung des Papstes auf eine harte Oppositionsrolle. Sie hatten im Sonderbundskrieg von 1847 eine Niederlage erlitten und den ein Jahr darauf gegründeten Bundesstaat abgelehnt. In den darauffolgenden Jahrzehnten opponierten sie im Namen der Religion und der Tradition gegen die staatstragende freisinnige «Grossfamilie». Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert übernahm dann eine zunehmend klassenkämpferische Arbeiterbewegung den oppositionellen Part, während sich liberale Bürgerliche und katholische Konservative auf einen «Bürgerblock» einigten. 1891 wurde der erste Katholisch-Konservative in den Bundesrat kooptiert. Später, nach dem Ersten Weltkrieg, kam ein «Bürger-Bauernblock» zustande, welcher die 1919 neu gegründete Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) integrierte und sie 1929 mit einer Regierungsbeteiligung belohnte. Bei aller klassenkämpferischen Frontstellung gegen links, die mitunter Züge eines Klassenkampfes von oben annahm, kam es seit den 1920er Jahren zu einer zunehmenden Anerkennung und Eingliederung der linken Opposition in den bürgerlichen Bundesstaat.

Nach einer Phase, in der das politische System der Schweiz im Konsens-, Kompromiss- und Konkordanz-Koma versank, erlebte die Idee einer linken, auf Emanzipation drängenden Opposition mit der 68er-Bewegung ein dynamisches Comeback. Die 68er erprobten daraufhin auf ihrem langen Marsch durch die Institutionen neue Formen der persönlich-beruflichen Integration in die Gesellschaft und das politische System – die Idee, dass Opposition und links Synonyme sind, blieb intakt. Eine parallele Entwicklung liess sich in der Frauenbewegung erkennen. Mit dem Ende des Kalten Kriegs wendete sich das Blatt. Nun kam die Opposition wieder von rechts. Die Nationalkonservativen probten nun unter der Führung einer mit Prinzipien der radikalen Rechten erneuerten SVP den Aufstand gegen die Beschneidung der nationalen Souveränität durch internationale Rechtsvereinheitlichung und europäische Integration und – als innenpolitische Frontstellung – gegen eine sogenannte *Classe politique*, die sich diesen Tendenzen anzupassen versuchte. In diesem Kampf hatte die neue Opposition ihre Rolle gefunden.

Nationale Opposition

Bereits in den 1980er Jahren, noch im Spannungsfeld des Kalten Kriegs, hatte die nationalkonservative Rechte den Widerstand gegen alle Versuche unternommen, die Schweiz in der internationalen und europäischen Politik neu zu positionieren. Testfall und Übungsgelände war die UNO-Abstimmung von 1986, bei der Regierung und Parlament den Beitritt vorgeschlagen hatten. Die

Vorlage scheiterte an einer massiven Ablehnungsphalanx von mehr als drei Vierteln an Nein-Stimmen. Im Dezember 1992 warf die überraschende Ablehnung des EWR-Beitritts diese Integrationspolitik über den Haufen. Die Gegner vermochten vor allem in kleinen Kantonen zu punkten. Fiel die Ablehnung mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen hauchdünn aus, so war sie mit einem Ständemehr von 16 Nein und 7 Ja eindeutig.

Fortan spielte die oppositionelle Musik auf der nationalen Frage. Die aufstrebende xenophobe, nationalchauvinistische und vor allem EU-feindliche Rechte übernahm nun den Part der Opposition und begann, das Schweizer Volk für die grosse Vision einer minarettfreien Steueroase inmitten Europas zu mobilisieren. Der Aufstieg der SVP zur stärksten Landespartei, die bei den Nationalratswahlen von 2007 ein historisches Spitzenresultat erzielte, zeigt nicht nur, dass das Potenzial für eine Mobilisierung von rechts beträchtlich war, sondern macht auch deutlich, dass die Logik der Massenmedien die oppositionelle News-Produktion belohnt.¹⁷ Das Festhalten an vernünftigen Postulaten und das unspektakuläre Aushandeln tragfähiger Lösungen für komplexe Probleme lieferte kaum Ansatzpunkte für Skandale, Shitstorms oder persönliche Dramen und erwies sich als entsprechend uninteressant. Eine mediale Hochkonjunktur verzeichnete hingegen die rechte Hetze gegen Konstrukte wie «ausländische Kriminelle», «Sozialschmarotzer» und «Scheininvaliden». Diese emotional starken Figuren traten in einer sicherheitsseligen, einschaltquotensteigernden Soap-Opera auf, in der rechtschaffene Bergler und Bauern zum Rechten sehen mussten, um das Überleben der nationalsoveränen Schweiz zu sichern. Inszeniert wurde der Triumph der direkten Demokratie mit dem Traum des Tyrannensturzes: Das Volk vertreibt die fremden Richter. Die *Classe politique* und insbesondere der Bösewicht Bundesrat (abzüglich der linientreuen SVP-Mannen) trat in der Rolle des fremden Landvogts Gessler auf. Von bodenständigen Eidgenossen wurde er periodisch mit dem Vorwurf des «Landesverrates» eingedeckt. «Schweizer wählen SVP»: Wer für die Schweiz ist, musste für die SVP sein – nach dieser Logik verband sich die Rettung der Schweiz mit dem Aufstieg dieser Partei zur Mehrheit im Lande. Von diesem schiefen Stück liessen sich auch liberale und sozialdemokratische Politiker beeindrucken. Denn schliesslich operieren Parlamentarier, Regierungsmitglieder und immer mehr auch Verwaltungsexperten in einer angespannten Aufmerksamkeitsökonomie, in der Medienpräsenz zur wichtigsten Ressource für eine politische Karriere geworden ist. Durch Surfen auf Aktualitätswellen übt man sich in Überlebenskunst.

Die massenmediale Neuaufmischung der helvetischen Innenpolitik wies keinen spezifischen Gender Bias auf. Es gab hingegen viele Frauen und Frauenorganisationen, die hartnäckig am Ziel einer gesellschaftlichen Emanzipation unter dem konstitutionellen Leitstern der Geschlechtergleichstellung festhiel-

ten. Mit diesen Forderungen wurde jedoch nicht mehr «Opposition» gemacht. Dies hing nicht in erster Linie damit zusammen, dass die neue oppositionelle Rechte alle Gleichstellungsforderungen bekämpfte. Vielmehr nutzten die Protagonisten von Frauenrechten nun auch in der Schweiz den Rückenwind der transnationalen Rechtsvereinheitlichung. Die Schweiz geriet bei Gleichstellungsfragen in verschiedener Hinsicht unter Zugzwang von aussen. Die inneren Widerstände gegen feministische Forderungen und gegen eine vollumfängliche Gleichstellung der Frauen mit den Männern blieben zwar stark, was sich etwa am nach wie vor ausgeprägten Gender Gap zeigt. Dass ein solcher Index überhaupt existiert und dass die Befunde, die auf diese Weise (aber auch durch andere Statistiken und Ratingskalen) in die mediale Öffentlichkeit eingespeist werden, ist der Herausbildung eines europäischen und internationalen Beobachtungsraums geschuldet, dem sich die stark aussenverflochtene Schweiz ebenso wenig entziehen kann wie andere Länder. Insgesamt schwächte das Gender-Mainstreaming den kämpferischen Impetus der Frauenbewegungen ab und förderte eine professionelle Umsetzung neuer juridischer Standards und institutioneller Arrangements, vor allem durch Gleichstellungsbüros und ähnliche Einrichtungen.

So zeigt eine Untersuchung, welche die neue Frauenbewegung und die Auseinandersetzungen um die Geschlechtergleichstellung an der Universität und der ETH Zürich untersuchte, wie sich die Protestkultur der Aktivistinnen von einer spektakulären, in den Medien hohe Beachtung findenden Aktionskultur zu einer professionellen Interventionskultur hin wandelte.¹⁸ Aus den «frauenbewegten» 1980er Jahren, die mit dem «Frauenstreik» von 1991 einen Höhepunkt fanden, ging eine institutionelle Gleichstellungsinfrastruktur hervor. Der Tendenz nach wurden feministische Kampfforderungen in bürokratische Verfahren transformiert. Auf die anhaltenden Hindernisse wurde schon hingewiesen, und die Hochschulen waren auch nicht repräsentativ für Entwicklungen in andern Bereichen der Gesellschaft. Doch hier liess sich feststellen, dass mit der grösseren Rolle von Mediatoren, der Schaffung von Stellen und der Einrichtung von Frauenförderungs- bzw. Gleichstellungskommissionen und deren Überführung in eine Gleichstellungsinfrastruktur nun verschiedene Anliegen und Förderungsprogramme wirksamer umgesetzt werden konnten. Damit verblasste ein Feindbild der Männer, das in den 1970er Jahren noch das Oppositionsverständnis der neuen Frauenbewegung geprägt hatte.

1988 kam ein nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Frau und Mann aufgebautes neues schweizerisches Ehegesetz zustande, das als Mitte-links-Projekt gegen die Opposition von rechts durchgesetzt wurde. Dasselbe lässt sich zum Schweizerischen Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG) sagen, das Mitte 1996 in Kraft trat und das sich vor allem gegen

die Diskriminierung von Frauen (und, nach der Logik der Gleichberechtigung, auch von Männern) bei unselbständiger Erwerbsarbeit richtete. Im folgenden Jahrzehnt bestand das Problem – wie schon zuvor – in der ungenügenden Umsetzung der Verfassungs- und Gesetzesnormen. Nach den Grundsätzen des Gender-Mainstreaming schlug eine 2006 vom Bundesamt für Justiz veröffentlichte «Evaluation der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes»¹⁹ vor, Anreize für Unternehmen zu schaffen, damit diese aktiv sich für Gleichstellungsnormen engagieren würden. Dieser Reformkurs wurde in der Folge bekräftigt. Hingegen schnitten Volksinitiativen, die noch eine kämpferisch-oppositionelle Aspiration transportierten, schlecht ab; dies war 1984 bei der Mutterschaftsinitiative (die mit 84 Prozent abgelehnt wurde) ebenso der Fall wie bei der 1995 eingereichten Quoteninitiative, die 2000 mit 80 Prozent Nein-Stimmen scheiterte.

Von der Oppositionsbank entfernt hatte sich auch die gewerkschaftlich-sozialdemokratische Linke. Programmatisch blieb die SPS zwar auf antikapitalistischem Kurs, politisch setzte sie seit der wirtschaftspolitischen Neuausrichtung der 1990er Jahre auf das Bewährte. Sie verteidigte den unter Privatisierungsdruck geratenen Service public, die durch eine gewerkschaftsfeindliche Politik unterminierten Gesamtarbeitsverträge, die durch Sparpolitik angezweifelte Sozialversicherungen und auch die von rechts her angefochtenen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz. Aus der Sicht der *Novelty*-abhängigen Medien war die Linke zur konservativen Kraft mutiert. Keine neuen Ideen, lautete das Verdikt.

Die SVP trieb demgegenüber ihr lautstarkes Oppositionsmarketing mit beträchtlichem finanziellen Mitteleinsatz professionell weiter und konnte dabei eine Reihe von spektakulären Abstimmungssiegen feiern: So erreichte 2004 die Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter» einen Ja-Stimmenanteil von 56 Prozent; 2009 brachte es die Initiative «Gegen den Bau von Minaretten» auf 58 Prozent und ein Jahr darauf das Volksbegehren «für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» auf 53 Prozent. Weil sich Innen- und Aussenpolitik allerdings immer weniger trennen lassen und weil bei vielen innenpolitischen Entscheidungen – so etwa bei der Personenfreizügigkeit mit der EU und Auslieferung von Bankdaten an die USA – auch privatwirtschaftliche und unternehmerische Interessen direkt betroffen waren, nimmt die innere Geschlossenheit der Rechtsopposition seit einigen Jahren ab. Der kompakte oppositionelle Block, als der die SVP im Übergang zum 21. Jahrhundert auftreten konnte, hat Risse bekommen. Mit Volksbegehren nach einer Beschränkung der Masseneinwanderung oder der Verankerung des Bankgeheimnisses in der Bundesverfassung mobilisiert diese Partei allerdings weiter von rechts her bis weit in die politische Mitte hinein.

Wende zu einer neuen linken Opposition?

In der Gegenrichtung lassen sich innerhalb der Linken Tendenzen beobachten, die auf ein neues oppositionelles Profil hinarbeiten; Postulate wie die (2013 verworfene) 1:12-Initiative der Juso/SPS, die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften, die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung der Alternativen Linken, die Erbschaftssteuerinitiative der SPS und weitere Vorstösse knüpfen an historische Forderungstraditionen der Arbeiterbewegung an und versuchen, diese auf aktuelle Problemstellungen hin zu präzisieren und in eine neue Sprache zu übersetzen. Diese Opposition setzt wiederum beim demokratischen Bild einer «Gesellschaft der Gleichen» an, die heute von Politikern des Standortwettbewerbs und Protagonisten eines elitären Weltbildes in Frage gestellt wird. Sie positioniert sich damit in schroffer Opposition zur Rechtsopposition, die sich auf nationale Privilegienwahrung und die Verteidigung von Vorrechten sowie Partikularinteressen festgelegt hat. Wir bewegen uns also auf die Konstellation einer Opposition der Oppositionen zu, wobei die beiden Pol-Parteien sich gleichzeitig als Regierungsparteien und staatstragende Kräfte verstehen. Umso wichtiger ist es, im Definitionskampf um das, was Opposition sein soll und tun kann, die Oberhand zu gewinnen. Die Linke ist in diesen Deutungskonflikten keineswegs sattelfest; es gibt immer auch die Versuchung, in ein übersichtliches nationales Politikformat zurückzufallen, womit sich dann sofort Überschneidungen mit der Opposition von rechts ergeben – sei es in Sicherheitsfragen, bei der Einwanderungspolitik oder beim Kampf gegen den «Ausverkauf der Heimat» an Ausländer. Damit knüpfen linke Politiker durchaus an historische Strömungen der Arbeiterbewegung an, die schon vor dem Ersten Weltkrieg und auch in der Zwischen- und Nachkriegszeit in vielen Fällen versuchten, die «nationale Arbeit» zu stärken und die Macht des grenzüberschreitend operierenden Kapitals mit einer Verteidigung nationalstaatlicher Wirtschaftsinteressen einzuschränken. Dieser Versuch, die bürgerlichen Vorwürfe gegen die «vaterlandslosen Gesellen» mit einem Kampf gegen das «internationale Kapital» zu kontern, erwies sich politisch noch nie als nachhaltig. Mit dem Aufstieg einer verschiedenen Probleme national definierenden SVP zur stärksten Landespartei und zur Medienmacht verlor diese Strategie noch weiter an Überzeugungskraft und kam in der Öffentlichkeit als konzeptionslose Wir-auch-Haltung an. Es zeigte sich in dieser Konstellation mehr denn je: Was die Opposition bekämpft, definiert sie selber. Darin besteht ihre Macht.

Wenn Opposition nicht substantialistisch über einen Forderungskanon definiert werden kann, muss sie arbiträr bleiben. Diese Einsicht kann zu einer kontrafaktischen Schlussbemerkung anregen. Hätte die Linke sich nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Geistigen Landesverteidigung verabschiedet und wäre sie dabei

nicht in einen nostalgischen Revolutionsmythos zurückgefallen, so hätte sie sich im Kalten Krieg zu einer nüchtern kalkulierenden, dynamischen Reformpartei entwickeln können. Nach dem Ende des Kalten Kriegs hätte eine solche Partei in Kooperation mit liberalen Kräften die Schweiz zu einem effektiven und effizienten Akteur in internationalen und europäischen Gremien machen können. Die Opposition würde in diesem Falle heute ebenfalls rechts stehen – sie würde sich aber nicht gegen den populistischen Popanz einer *Classe politique*, sondern gegen eine schweizerische Mitte-links-Regierung richten. Diese wiederum würde dafür sorgen, dass die Schweiz als aktives Mitglied der Europäischen Union mit Gewicht an deren ökologisch-sozialen Reform beteiligt wäre.

Anmerkungen

- 1 Der Begriff Opposition stammt aus der Astronomie und bezeichnet dort die Gegenstellung eines Gestirns. Diese Bedeutung wirkt in der Politik fort. Vgl. z. B. Nohlen Dieter: *Lexikon der Politik*, München 1992, Bd. 3, S. 283–288; Bd. 7, S. 441–443. Der erste Teil dieses Textes stellt einen kurzen (unveröffentlichten) Vortrag dar, der an der Vernissage des Buchs Degen Bernard, Schäppi Hans, Zimmermann Adrian (Hg.): *Robert Grimm: Marxist, Kämpfer, Politiker*, Zürich 2012 am 21. August 2012 im Berner Rathaus gehalten wurde. Für diesen Sammelband wurde der Beitrag erweitert.
- 2 Luhmann Niklas: *Macht*, Stuttgart 2003.
- 3 Vgl. dazu: Rancière Jacques: *Das Volk und seine Fiktionen*. Interviews 2003–2005, Wien 2013; Badiou Alain, Rancière Jacques, Riha Rado, Sumic Jelica: *Politik der Wahrheit*, Wien 1997.
- 4 Vgl. dazu: Scott Joan W.: *Gender and the Politics of History*, 1999 (revised edition); für die Schweiz vgl. Studer Brigitte, Wecker Regina, Ziegler Beatrice (Hg.): *Frauen und Staat*. Berichte des Schweizerischen Historikertages in Bern, Oktober 1996, Basel 1998; Mesmer Beatrix: *Ausgeklammert – eingeklammert*. Frauen und Frauenorganisationen in der Schweiz des 19. Jahrhunderts, Basel 1988.
- 5 Gerade die allgemeine Wehrpflicht und die Funktion als Familienernährer war für lange Zeit oder immerzu bloss eine regulative Idee, was zeigt, dass sich die Abstufung in den Rechten keineswegs in der effektiven Wahrnehmung von Pflichten begründet. Es ging weit mehr um geschlechtsspezifische Rollenbilder und Stereotypen. Vgl. Blattmann Lynn, Meier Irene (Hg.): *Männerbund und Bundesstaat*. Über die politische Kultur der Schweiz, Zürich 1998.
- 6 Einen Überblick über verschiedenste Problemlagen gibt: Studer Brigitte (Hg.): *Etappen des Bundesstaates*. Staats- und Nationsbildung der Schweiz 1848–1998, Zürich 1998.
- 7 Langer William L.: *Political and Social Upheaval, 1832–1852*, Boston 1969; vgl. auch: Craig Gordon A.: *Geld und Geist*. Zürich im Zeitalter des Liberalismus, 1830–1869, München 1988.
- 8 Tilly Charles: *Astonishing Switzerland*, in: *Swiss Political Science Review* 2 (2009), S. 321–331.
- 9 So Tilly an einer Konferenz. Vgl. dazu: Helbling Marc, Koller Andreas: *Debate: Charles Tilly and Switzerland*, in: *Swiss Political Science Review* 2 (2009), S. 317–320, hier S. 317.
- 10 Degen Bernard: *Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei?: die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten*, Zürich 1993; Ders.: *Abschied vom Klassenkampf*. Die partielle Integration der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zwischen Landesstreik und Weltwirtschaftskrise (1918–1929), Basel 1991.
- 11 Schiavi Rita, Brassel Ruedi: *Kämpfend in den Arbeitsfrieden*. Zur Streikwelle in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in: *Widerspruch* (Hg.): *Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos*. Gewerkschaftspolitik und Kampf um Arbeit – Geschichte, Krise, Perspektiven, Zürich 1987, S. 57–69.

- 12 Honegger Claudia: Die Ordnung der Geschlechter: die Wissenschaften vom Menschen und das Weib 1750–1850, Frankfurt a. M. 1991.
- 13 Wecker Regina, Studer Brigitte, Sutter Gaby: Die «schutzbedürftige Frau». Zur Konstruktion von Geschlecht durch Mutterschaftsversicherung, Nachtarbeitsverbot und Sonderschutzgesetzgebung, Zürich 2001.
- 14 Joris Elisabeth, Witzig Heidi: Brave Frauen, aufmüpfige Weiber. Wie sich die Industrialisierung auf Alltag und Lebenszusammenhänge von Frauen auswirkte (1820–1940), Zürich 1992; vgl. auch: Schumacher Beatrice et al.: Freiwillig verpflichtet: gemeinnütziges Denken und Handeln in der Schweiz seit 1800, Zürich 2010.
- 15 Wikander Ulla: Political and Economic Citizenship in the International Women's Movement at the Turn of the 20th Century, in: Christensen Birgit (Hg.): Demokratie & Geschlecht. Interdisziplinäres Symposium zum 150jährigen Jubiläum des Schweizerischen Bundesstaates, Zürich 1999, S. 53–72.
- 16 Vögeli Yvonne: Zwischen Hausrat und Rathaus: Auseinandersetzungen um die politische Gleichberechtigung der Frauen in der Schweiz 1945–1971, Zürich 1994; vgl. auch: Studer et al. 1996 (wie Anm. 4).
- 17 Zur SVP vgl. Skenderovic Damir: The Radical Right in Switzerland. Continuity & Change, 1945–2000, New York, Oxford 2009; Kriesi Hanspeter, Lachat Romain, Selb Peter, Bornschie Simon, Helbling Marc (Hg.): Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich, Zürich 2005.
- 18 Wiegand Vita Alix: «Männeruni – Frauenfragen!». Die Auseinandersetzungen um die Gleichstellung an der Universität und der ETH Zürich, Dissertation Universität Zürich, 2012 (Veröffentlichung 2014).
- 19 http://www.ejpd.admin.ch/content/dam/data/staat_buerger/gleichstellung/synthesebergleichstellung-d.pdf [12. 3. 2014].

Herausgeberin und Verlag danken den folgenden Institutionen
für die finanzielle Unterstützung.

SWISSLOS
Basel-Landschaft



Informationen zum Verlagsprogramm:
www.chronos-verlag.ch

Umschlag: Thea Sautter, Zürich

Umschlagbild: Hans Bertolf, Menschenmenge (Zuschauer), 1959
(Staatsarchiv Basel-Stadt, BSL 1013 1-1103 1)

© 2014 Chronos Verlag, Zürich
ISBN 978-3-0340-1239-3

SABINE BRAUNSCHWEIG (HG.)

«ALS HABE ES DIE FRAUEN NICHT GEGEBEN»

BEITRÄGE ZUR FRAUEN-
UND GESCHLECHTERGESCHICHTE

CHRONOS